



PRESSEMITTEILUNG

Frankfurt, 19.12.2014

Urnenwälder kritisch hinterfragen

Die jüngste Ablehnung eines Friedwalds in Goch am Niederrhein zeigt: Urnenwälder werden immer häufiger von den Entscheidungsträgern kritisch hinterfragt. Denn nicht nur die ökologische Komponente, auch das Vertragskonstrukt zwischen Gemeinde und privatem Anbieter und die Auswirkungen auf die bestehenden Friedhöfe verdienen besondere Beachtung.

In dem vorgenannten Fall in Goch wurde die Errichtung eines Friedwalds mit 23 Gegenstimmen mehrheitlich im Rat abgelehnt. Die teilweise sehr persönlich geführten Diskussionen im Vorfeld waren sinnbildlich: Einerseits gab es die Meinung, dass man um einen Urnenwald in der Region nicht umhin komme, um dem Zeitgeist gerecht zu werden. So wurde argumentiert, dass viele Menschen nicht mehr die Zeit für Grabpflege hätten. Die andere Seite verwies auf die jetzt schon problematische Situation der bestehenden Friedhöfe in der Gemeinde. Tatsächlich ist es äußerst fragwürdig, wieso Kommunen einen Urnenwald zulassen, wo ihre eigentlichen Friedhöfe immer leerer werden und damit auch ein finanzielles Problem darstellen. Dabei bieten die bestehenden Friedhöfe oft viel Potential, die Leerflächen können mit neuen Friedhofskonzepten belegt werden, die gleichermaßen den Zeitgeist aufgreifen. Anspruchsvoll gestaltete Gemeinschaftsgrabanlagen zu fairen Preisen ohne Verpflichtung zur Grabpflege sind zum Beispiel ein Angebot, das sich in immer mehr Gemeinden durchsetzt und dem bestehenden Friedhof zugutekommt. Selbst die Idee der „Naturbestattung“, die Urnenwaldanbieter für sich einnehmen, ist keine neue Erfindung: Auf vielen Friedhöfen ist eine „Bestattung in der Natur“ möglich, denn viele dieser Trauerorte befinden sich per se in einem natürlichen Umfeld und sind auch in vielen Bereichen sehr naturnah gestaltet. Vielmehr scheint nach dem jüngsten Urteil in Frankfurt, in dem sich ein Urnenwaldanbieter und ein freier Landschaftsarchitekt gegenüberstanden, noch ungeklärt, ob nicht Urnenwälder eher eine Gefahr für unsere Umwelt darstellen.

Die politische Entscheidung für einen Urnenwald löst in den Gemeinden die finanziellen Probleme auf dem Friedhof nicht. Vielmehr besteht die Gefahr, dass die Gebührenschaube auf dem Friedhof immer weiter angezogen werden muss, da noch mehr Verstorbene nicht mehr dort beerdigt werden. Hinzu kommt, dass zwischen Kommu-

ne und dem privaten Anbieter immer ein künstliches Vertragskonstrukt geschaffen werden muss, nachdem die Kommune als Betreiber und der private Anbieter als Verwaltungshelfer fungiert. Wer partizipiert hier mehr, wer trägt das Risiko für Folgekosten und die Verkehrssicherheit der Besucher? Immerhin beträgt die Nutzungsdauer oft bis zu 99 Jahre! Das sind Fragen, die sich die Verantwortlichen in einer solchen Situation stellen müssen.

Es kann nicht sinnvoll sein, mit der Ausweisung und dem Betrieb von privatwirtschaftlich orientierten Urnenwäldern Gewinne zu privatisieren und die Verluste auf Dauer über die benachteiligten Kommunen zu sozialisieren.

Und das, obwohl die Potentiale auf bestehenden Friedhöfen bestehen und immer mehr alternative Konzepte entwickelt werden. Damit bliebe auch die tatsächliche Hoheit der Kommune über den Friedhof gewährleistet. Die Zulassung eines Urnenwaldes ist nur eine kurzfristige und vielleicht in diesem Zeithorizont auch bequemere Lösung.

Daher ist die Entscheidung in Goch eine ganz besondere: Die Politik hat sich – nach intensiver Auseinandersetzung mit allen Argumenten – gegen das Projekt entschieden, und dass, obwohl die Verwaltung eine andere Empfehlung ausgesprochen hatte. Nicht ungehört blieben dabei auch die Argumente derjenigen, die tagtäglich Trauernden und Hinterbliebenen gegenüberstehen: Bestatter, Steinmetze, Friedhofsgärtner. Sie hatten sich gegen das Konzept ausgesprochen und in ihrer Argumentation v.a. auf das Potential und die Bedeutung der bestehenden Friedhöfe hingewiesen.

Bilder:



Bild 1: „Urnenwälder neben Wanderpfaden und Nordic Walking Routen – keine Alternative zu den geschützten Räumen der Trauer auf Friedhöfen“



BUNDESVERBAND
DEUTSCHER **STEINMETZE**

BIV Bundesinnungsverband des Deutschen Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerks
Weißkirchener Weg 16 · 60439 Frankfurt am Main · Tel.: 069-576098 · Fax 069-576090



Bildnachweis: BIV Steinmetze

Auf Anfrage senden wir die Bilder in hochauflösender Form kurzfristig zu.

Absender und Pressekontakt:

Bundesverband Deutscher Steinmetze
Bundesinnungsverband des Deutschen Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerks
Sybille Trawinski
Weißkirchener Weg 16
D-60439 Frankfurt am Main

Telefon: ++49 (0) 69 - 576 098
Telefax: ++49 (0) 69 - 576 090

Internet: www.biv-steinmetz.de
E-Mail: info@biv-steinmetz.de